

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Abkürzungsverzeichnis XIX

Literaturverzeichnis XXV

Kapitel 1 Grundlagen und Konzeption des Versorgungsausgleichs 1

A. Zielsetzung des Versorgungsausgleichs 5

 I. Der Versorgungsausgleich als eigenständiges Vorsorgesystem in der Struktur nach dem 1. EheRG seit dem 01.07.1977 5

 II. Der Versorgungsausgleich als Reaktion auf die Mängel des bis zum 30.06.1977 geltenden Versorgungssystems 6

 III. Grundlagen des Versorgungsausgleichs 6

 IV. Lücken der sozialen Sicherung 8

 V. Strukturelle Mängel des Versorgungsausgleichs in der Fassung des 1. EheRG 9

 VI. Gliederungsstruktur des VersAusglG 11

B. Rechtliche Gestaltung des Versorgungsausgleichs 12

 I. Neue Gliederung des Ausgleichssystems 12

 II. Begründung eines eigenständigen Anrechts im Wertausgleich bei der Scheidung – Aufgabe der Einbindung in das vorhandene System der gesetzlichen Rentenversicherung . . . 12

 III. Anspruchsgrundlage des Versorgungsausgleichs, Verjährung des Anspruchs 13

 IV. Andere Formen des Ausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung 15

 V. Dogmatische Einordnung des Versorgungsausgleichs 16

 VI. Verhältnis zu anderen Regelungsbereichen 17

C. Anwendungsbereich 25

 I. Versorgungsausgleich bei Scheidung und Aufhebung einer Ehe sowie Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft 25

 II. Personeller Anwendungsbereich 27

 III. Ausnahmen von der Durchführung des Versorgungsausgleichs 28

D. Anrechte, die dem Versorgungsausgleich unterliegen; Abgrenzung zu anderen Vermögenspositionen 31

 I. Voraussetzungen 31

 II. Erfasste Versorgungsarten 31

 III. Begriff des Anrechts, einer Anwartschaft sowie einer laufenden Leistung, § 2 Abs. 1 VersAusglG. 32

 IV. Versorgungsausgleich bei noch nicht erfüllten zeitlichen Voraussetzungen eines Anrechts der Beamtenversorgung 36

 V. Versorgung wegen Alters sowie Invalidität 40

 VI. Berücksichtigung einer Hinterbliebenenversorgung 42

 VII. Abgrenzung von Anrechten zu Vorsorgeleistungen mit anderer Zweckbestimmung als dem Fall des Alters und der Invalidität 43

 VIII. Anrechte, die mithilfe der Arbeit oder des Vermögens erworben wurden 56

 IX. Anrechte, die in der Ehezeit geschaffen oder aufrechterhalten worden sind 60

 X. Nichtberücksichtigung familienbezogener Bestandteile einer Versorgung 66

 XI. Sonstige Versorgungsbestandteile 67

 XII. Wertlose und nicht feststellbare (ausländische) Anrechte 67

 XIII. Berücksichtigung einer Doppelbelastung der ausgleichspflichtigen Person 69

 XIV. Abtretung eines Anrechts, Sicherungsabtretung sowie Pfändung eines Anrechts 70

E. Begriff und Bedeutung der Ehezeit 75

 I. Grundlagen 75

 II. Einzelheiten der Bestimmung des Ehezeitendes 75

 III. Bestimmung des Ehezeitendes bei Verfahrensverzögerungen 77

 IV. Bestimmung des Ehezeitendes bei mehreren Scheidungsanträgen sowie bei Rücknahme eines Scheidungsantrages 78

 V. Bestimmung des Ehezeitendes bei verfrüht gestelltem Scheidungsantrag 79

 VI. Ehezeitende bei Antrag auf Aufhebung der Ehe 80

VII.	Ehezeitende bei vorausgegangenem gerichtlichen Trennungsverfahren ohne Auflösung des Ehebandes	80
VIII.	Bedeutung des Ehezeitendes in Bezug auf die Feststellung des Ausgleichswerts	80
IX.	Vereinbarungen über das Ende der Ehezeit.	81
X.	Keine Zwischenentscheidung bei Festlegung des Ehezeitendes; keine Korrektur durch Abänderungsverfahren	84
F.	Wiederheirat des geschiedenen Ehegatten und Versorgungsausgleich	84
G.	Doppelehe und Versorgungsausgleich.	85
H.	Änderung von Anrechten nach Ehezeitende bei Höhe und Form des Ausgleichs	86
I.	Grundsatz der stichtagsbezogenen Bewertung eines Anrechts	86
II.	Aufnahme einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung durch das VAStrRefG	86
III.	Rechtsprechung des BGH	90
IV.	Wegfall einer Versorgung vor bzw. nach Ende der Ehezeit	96
V.	Zeitlich befristetes Anrecht.	98
VI.	Auswirkungen einer laufenden Leistung auf den Bestand des Anrechts – sog. Werteverzehr	99
VII.	Änderung der Form des Ausgleichs nach Ehezeitende	99
I.	Struktur des Versorgungsausgleichs	100
J.	Übergangsbestimmungen.	101
I.	Übergangsvorschriften des 1. EheRG sowie des VAHRG	101
II.	Übergangsvorschriften des VAStrRefG	101

Kapitel 2	Bewertung von Anrechten auf eine Versorgung wegen Alters oder Invalidität.	103
A.	Grundlagen	111
I.	Einbindung der Bewertungsvorschriften in das VersAusglG	111
II.	Strukturierung der Vorschriften zur Wertermittlung eines Anrechts – Teil 2 des VersAusglG.	111
III.	Der Begriff des korrespondierenden Kapitalwerts	126
B.	Wertermittlung in der Beamtenversorgung.	134
I.	Grundlagen	134
II.	Personenkreis der Regelung des § 44 Abs. 1 VersAusglG	134
III.	Leistungen der Beamtenversorgung, die dem Versorgungsausgleich unterliegen	142
IV.	Bestimmung des maßgebenden Ruhegehalts	144
V.	Berechnung des Ehezeitanteils	156
VI.	Behandlung des Versorgungsabschlages nach § 14 Abs. 3 BeamtVG im Versorgungsausgleich.	166
VII.	Abgeordnete	167
VIII.	Zusammentreffen mehrerer Versorgungen, § 40 Abs. 2, 3 VersAusglG.	169
IX.	Berücksichtigung von Ruhens- und Anrechnungsbestimmungen	173
C.	Wertermittlung in der gesetzlichen Rentenversicherung.	178
I.	Grundlagen	178
II.	Anwendungsbereich des § 43 VersAusglG	179
III.	Die Rechtsentwicklung seit dem Rentenreformgesetz 1992 und dessen Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich.	189
IV.	Das Gesetz zur Einführung der Grundrente – Überblick	209
V.	Auswirkungen der Grundrentenzuschläge im Versorgungsausgleich	210
D.	Die Rentenangleichung des Beitrittsgebiets aufgrund des Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes ...	215
I.	Grundlagen	215
II.	Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich	216
E.	Wertermittlung in der betrieblichen Altersversorgung	217
I.	Der Begriff der betrieblichen Altersversorgung	217
II.	Die betriebliche Altersversorgung nach dem BetrAVG	218
III.	Leistungsvoraussetzungen.	227
IV.	Abfindung einer betrieblichen Altersversorgung.	235
V.	Wegfall der Altersversorgung durch Erstattung geleisteter Beiträge an Erben der ausgleichspflichtigen Person	236

VI.	Widerruf der Versorgungszusage.	237
VII.	Eigenbeiträge des Arbeitnehmers zu einem betrieblichen Versorgungsanrecht	239
VIII.	Träger der betrieblichen Altersversorgung.	240
IX.	Die Pensions- bzw. Direktzusage eines Selbstständigen oder Gesellschafter-Geschäftsführers.	243
X.	Berechnung des Ehezeitanteils einer betrieblichen Altersversorgung des BetrAVG	244
XI.	Gesamtversorgungssysteme und limitierte Versorgungen	262
XII.	Verfallbare Anrechte im Bereich der betrieblichen Altersversorgung.	266
XIII.	Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	270
F.	Wertermittlung bei Pensionszusagen für Selbstständige, Gesellschafter-Geschäftsführer.	276
I.	Grundlagen	276
II.	Wertermittlung im Versorgungsausgleich	277
G.	Wertermittlung bei berufsständischen Versorgungen	284
I.	Grundlagen	284
II.	Bewertungsmethoden bei berufsständischen Versorgungen.	284
H.	Alterssicherung für Landwirte	288
I.	Grundlagen	288
II.	Berechnung des Anrechts	288
III.	Bewertung von Bestandsrenten.	289
IV.	Leistungsteile, die nicht dem Versorgungsausgleich unterliegen	289
V.	Form des Wertausgleichs bei der Scheidung	289
I.	Überstaatliche oder zwischenstaatliche sowie ausländische Betriebsrenten	290
J.	Wertermittlung bei privaten Rentenversicherungen	290
I.	Grundlagen	290
II.	Anwendungsbereich im Versorgungsausgleich	293
K.	Begriff der Dynamik	302
I.	Bedeutung der Dynamik im reformierten Versorgungsausgleich.	302
II.	Begriffsbestimmung	304
III.	Dynamik der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Beamtenversorgung	304
Kapitel 3	Der Wertausgleich von Versorgungsanrechten	305
A.	Einleitung	311
B.	Gliederung der Regelungen zum Wertausgleich	311
C.	Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	311
D.	Der Wertausgleich bei der Scheidung.	312
I.	Überblick sowie verfahrensrechtliche Grundlagen	312
II.	Regelung der Rangfolge nach § 9 VersAusglG	313
III.	Interne Teilung von Anrechten für die ausgleichsberechtigte Person.	314
IV.	Berücksichtigung des Zinsanteils des Ausgleichswerts eines Anrechts im Fall der externen Teilung.	316
V.	Berücksichtigung von Überschussanteilen eines kapitalgestützten Anrechts	322
VI.	Teilungsgegenstand bei fondsgebundenen Versorgungen der privaten Rentenversicherung	323
VII.	Verrechnung gleichartiger Anrechte bei demselben Versorgungsträger als Ausnahme-regelung	325
VIII.	Anforderungen an die interne Teilung nach §§ 10, 11 VersAusglG	326
IX.	Sicherung des Insolvenzschutzes bei Pensionszusage	338
X.	Ausgleichswert bei laufender Rentenzahlung zum Ehezeitende.	339
XI.	Unterschiedliche Wertentwicklung von Bausteinen einer einheitlichen Versorgung – Beschlussformel	348
XII.	Rechtsfolge der internen Teilung von Anrechten der betrieblichen Altersversorgung – Lohnsteuer – Krankenversicherung	348
XIII.	Interne Teilung eines Anrechts aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis	349
XIV.	Interne Teilung eines Anrechts nach dem Abgeordnetengesetz	352
XV.	Interne Teilung der Alterssicherung der Landwirte und Schornsteinfeger.	353
XVI.	Anordnung der internen Teilung nach maßgeblicher Bezugsgröße	353
XVII.	Gestaltungswirkung der rechtskräftigen Entscheidung zur internen Teilung.	353

XVIII. Teilungskosten des Versorgungsträgers 354

XIX. Externe Teilung 358

XX. Wahlrecht der ausgleichsberechtigten Person hinsichtlich der Zielversorgung bei
externer Teilung, § 15 VersAusglG 367

XXI. Verfassungskonforme Durchführung der externen Teilung auf der Grundlage der
Entscheidung des BVerfG vom 26.05.2020 375

XXII. Externe Teilung von Anrechten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder
Amtsverhältnis 383

XXIII. Geringfügige Ausgleichswerte. 385

XXIV. Fehlende Ausgleichsreife eines Anrechts 396

E. Ergänzende Vorschriften. 413

 I. Überblick 413

 II. Ausgleich eines Anrechts der Privatvorsorge wegen Invalidität 414

 III. Leistungsverbot bis zum Abschluss eines Verfahrens, § 29 VersAusglG. 417

 IV. Schutz des Versorgungsträgers, § 30 VersAusglG 420

 V. Tod eines Ehegatten, § 31 VersAusglG. 427

F. Steuerrechtliche Auswirkungen des Versorgungsausgleichs 438

 I. Rechtslage bis zum Alterseinkünftegesetz vom 05.07.2004. 438

 II. Neuordnung der steuerlichen Behandlung der Altersvorsorge durch das
 Alterseinkünftegesetz 439

 III. Steuerliche Regelungen nach den VAStrRefG. 440

 IV. Besteuerung eines Anrechts der gesetzlichen Rentenversicherung. 442

 V. Wiederauffüllung eines durch den Versorgungsausgleich gekürzten Anrechts der
 gesetzlichen Rentenversicherung. 443

 VI. Steuerrechtliche Auswirkungen bei Ausgleich einer Beamtenversorgung. 443

 VII. Steuerrechtliche Auswirkungen bei berufsständischen Versorgungsen 445

 VIII. Steuerrechtliche Auswirkungen bei sonstigen Versorgungsen 446

 IX. Anrechte der privaten Versicherung 446

 X. Steuerrechtliche Folgen der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung 447

 XI. Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs, § 10 Abs. 1a Nr. 3
 EStG 450

G. Grundlagen der Kranken- und Pflegeversicherung 451

 I. Einzelregelungen zur Kranken- und Pflegeversicherung 451

 II. Weiterleitung der Krankenversicherungspflicht bei der externen Teilung 452

H. Insolvenz der ausgleichspflichtigen Person; Pfändung eines Anrechts 453

 I. Grundlagen 453

 II. Vollstreckungsschutz in der Anwartschaftsphase. 453

 III. Gesetzliche Vorschriften bei Leistungen einer Alters- und Invaliditätssicherung. 454

 IV. Auswirkungen im Versorgungsausgleich bei Insolvenz und Einzelzwangsvollstreckung. . . 455

 V. Schuldrechtliche Ausgleichsrente und Insolvenz. 456

 VI. Vertretung des Versorgungsträgers im Abänderungsverfahren. 456

Kapitel 4 Ausgleichsansprüche nach der Scheidung 457

A. Regelungsbereich 460

 I. Eingeschränkter Anwendungsbereich des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs
 durch das VAStrRefG 460

 II. Fortbestehender Anwendungsbereich bei schuldrechtlichen Ausgleichsansprüchen
 in Altfällen 461

 III. Anwendungsbereich von Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung im reformierten
 Versorgungsausgleich 462

 IV. Verhältnis zum Abänderungsverfahren gem. § 225 FamFG sowie § 51 VersAusglG. 464

 V. Eingeschränkte Sicherheit des Leistungsbezugs – Risiken bei Vereinbarung des
 Wertausgleichs nach der Scheidung gem. den §§ 20–24 VersAusglG 465

 VI. Abschließender Regelungsbereich der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung;
 Zulässigkeit einer Vereinbarung 466

B. Überblick über die Vorschriften zum Wertausgleich nach der Scheidung 468

C. Der Anspruch auf die schuldrechtliche Ausgleichsrente nach § 20 VersAusglG 469

I.	Grundlagen	469
II.	Beginn und Voraussetzungen der Leistungen zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente	471
III.	Der Ausgleichsanspruch dem Grunde nach	472
IV.	Fälligkeit des Anspruchs	475
V.	Ausgleichsanspruch der Höhe nach	478
VI.	Wegfall eines Anrechts nach Ehezeitende, fehlende Insolvenzversicherung	482
VII.	Ausgleich einer beim Wertausgleich bei der Scheidung vergessenen Versorgung – Inhalt der geplanten Gesetzesreform	483
VIII.	Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen – Nettoprinzip des Ausgleichs	486
IX.	Steuerrechtliche Auswirkungen	489
X.	Korrektur des Wertausgleichs nach der Scheidung aus Billigkeitsgründen	489
XI.	Besonderheiten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	490
XII.	Schuldrechtliche Ausgleichsrente bei ausländischen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Anrechten	490
XIII.	Pflicht zur Auskunftserteilung, vorzeitige Abfindung der Versorgung	491
XIV.	Durchsetzung des materiellen Anspruchs	492
XV.	Modalitäten der Zahlung der Ausgleichsrente, Wiederheirat	494
XVI.	Erlöschen bei Tod des Ausgleichsberechtigten und Ausgleichspflichtigen	495
D.	Abtretung von Versorgungsansprüchen gem. § 21 VersAusglG	495
I.	Regelungszweck, Rechtsfolgen, vorläufiger Rechtsschutz	495
II.	Voraussetzungen	496
III.	Änderung der Verhältnisse nach erfolgter Abtretung, Tod des Ausgleichsberechtigten bzw. Ausgleichspflichtigen	497
IV.	Wirksamkeit trotz Abtretungsverbot oder -beschränkung, § 21 Abs. 3 VersAusglG	497
V.	Verfahren, Abtretungsvertrag, Durchsetzung gegenüber dem Versorgungsträger	497
VI.	Rückübertragung abgetretener Versorgungsansprüche auf den Ausgleichspflichtigen; Rückforderung einer Überzahlung	498
E.	Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen gem. § 22 VersAusglG	498
I.	Regelungsbereich; Leistungsvoraussetzungen	498
II.	Auszahlung des Kapitalbetrags an Versorgungsberechtigten vor Fälligkeit des Anspruchs	500
III.	Keine Verzinsung des Kapitalbetrags vor Eintritt des Verzugs	501
F.	Anspruch auf Abfindung, Zumutbarkeit	501
I.	Zweck der Regelung	501
II.	Anwendungsbereich mit Schwerpunkt ausländischer und überstaatlicher Anrechte	502
III.	Auswirkungen für die ausgleichsberechtigte sowie ausgleichspflichtige Person	503
IV.	Voraussetzungen	504
V.	Wirtschaftliche Zumutbarkeit für den Ausgleichspflichtigen	505
VI.	Höhe der Abfindung, keine Verzinsung ab Ehezeitende	509
VII.	Zweckbindung der Abfindungszahlung, Versorgungsausgleichskasse als Zielversorgung	511
VIII.	Verfahren	512
IX.	Tod des Ausgleichsberechtigten	513
X.	Anrechnung auf den Unterhalt bei fehlgeschlagener Anlage der Abfindung	513
G.	Abänderungen rechtskräftiger Entscheidungen und Vereinbarungen zum Wertausgleich nach der Scheidung, Beschwerde gegen Endentscheidungen	514
I.	Abänderung einer Entscheidung, wesentliche Veränderung als Voraussetzung	514
II.	Fehlende Billigkeitsklausel	515
III.	Verfahren, Beschwerdeverfahren	515
IV.	Abänderung einer Vereinbarung zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente	515
H.	Verhältnis zum nachehelichen Unterhalt	516
I.	Verfahrensfragen	516
I.	Antragsverfahren, Zulässigkeit im Verbundverfahren, Antrag in Beschwerdeinstanz	516
II.	Feststellungsinteresse; Hinweispflicht nach § 224 Abs. 4 FamFG in den Entscheidungsgründen	517
III.	Feststellungsinteresse in Bezug auf die Härteklausel nach § 27 VersAusglG	518
IV.	Fehlende Bindungswirkung bei Bestimmung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente in einer Erstentscheidung zum dinglichen Versorgungsausgleich	518

Kapitel 5	Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung; Anspruch gegen Witwe-Witwer.	520
A.	Überblick	521
B.	Normzweck des § 25 VersAusglG – Anspruch gegen den Versorgungsträger	521
C.	Schutz der Träger der auszugleichenden Versorgung	522
D.	Voraussetzungen des Anspruchs, § 25 Abs. 1 VersAusglG.	522
I.	Vorliegen einer Hinterbliebenenversorgung	522
II.	Persönliche Voraussetzungen beim Ausgleichsberechtigten	528
III.	Höhe des Ausgleichsanspruchs	529
E.	Anrechnung anderweitiger Leistungen nach § 25 Abs. 3 Satz 2 VersAusglG, Unterhaltsbeitrag nach § 22 BeamtVG, Anspruchskonkurrenz	531
F.	Wertausgleich bei mehreren auszugleichenden Versorgungsen beider Ehegatten	532
G.	Keine Bindung des Versorgungsträgers an rechtskräftige Entscheidungen zu schuldrechtlichen Ausgleichszahlungen, Abfindung, vergessene Versorgung	533
I.	Eigenständiger Anspruch, Umfang von Einwendungen, Abfindung	533
II.	Anspruch bei vergessener Versorgung im Wertausgleich bei der Scheidung bzw. dem öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleich	533
III.	Vereinbarungen zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente als Vertrag zu Lasten Dritter	534
H.	Ausschluss des Anspruchs nach § 25 Abs. 2 VersAusglG.	534
I.	Regelungsbereich der Vorschrift	534
II.	Keine Anwendung bei vereinbartem schuldrechtlichen Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.08.2009 geltenden Recht	536
I.	Kürzung der Hinterbliebenenversorgung, § 25 Abs. 5 VersAusglG.	537
I.	Regelungszweck der Kürzung	537
II.	Kürzung über den Tod der ausgleichsberechtigten Person.	537
J.	Verweisung auf anwendbare Vorschriften, § 25 Abs. 2–4 VersAusglG	538
K.	Schutz des Versorgungsträgers	539
L.	Auskunftspflichten	539
M.	Verfahren bei Ansprüchen nach § 25 VersAusglG.	539
I.	Familiengerichtliche Zuständigkeit.	539
II.	Antragsvoraussetzung; Antragsbefugnis aus übergeleitetem Recht.	540
III.	Entscheidung des Familiengerichts, Abänderungsverfahren, Vollstreckung.	540
IV.	Feststellungsinteresse	541
N.	Anspruch gegen Witwe/Witwer bei nicht innerstaatlichen Versorgungsen, § 26 VersAusglG.	541
I.	Voraussetzungen.	541
II.	Keine Kürzung nach dem Tod des Ausgleichsberechtigten	542
Kapitel 6	Beschränkung oder Wegfall des Versorgungsausgleichs – sog. Härteklause	543
A.	Grundlagen	544
I.	Normzweck des § 27 VersAusglG.	544
II.	Funktion einer Generalklausel als generelles Gerechtigkeitskorrektiv	545
III.	Die Funktion der Härteklause	546
IV.	Verhältnis zu §§ 242, 1381, 1579 BGB sowie § 18 VersAusglG.	550
V.	Regelungsbereich zur Anwendung der Härtefallklause	550
VI.	Keine Regelung zur Beseitigung systembedingter Unstimmigkeiten	551
VII.	Befristeter Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 27 VersAusglG.	552
VIII.	Begriff der groben Unbilligkeit.	553
IX.	Umfang des Ausschlusses, Rechtsfolgen bei nicht ermittelbarem Anrecht	554
B.	Aufgliederung der Härtegründe nach § 27 VersAusglG	555
I.	Übernahme der Härtegründe aus § 1587c BGB a.F.	555
II.	Beiderseitige Verhältnisse der Ehegatten	555
III.	Versorgungslage beider Ehegatten – fehlende ausgewogene soziale Sicherheit.	558
IV.	Vermögensrechtliche Lage beider Ehegatten, beiderseitige Einkommensverhältnisse	561
V.	Sonstige Umstände, besondere Leistungen für Familie	562
VI.	Kurze Dauer der Ehe als Härtegrund, kurze bestehende Lebensgemeinschaft.	563
VII.	Lange Dauer der Trennung.	563
VIII.	Finanzierung der Ausbildung	567

IX.	Herbeiführung einer Unterhaltsbedürftigkeit bei beiderseitigem Rentenbezug	567
X.	Berücksichtigung eines persönlichen Fehlverhaltens	567
XI.	Überspannung der ehelichen Solidarität, unzureichende Erwerbstätigkeit	569
XII.	Einseitiger Versorgungserwerb wegen Rentenbezug eines Ehegatten während der Ehezeit; hoher Altersunterschied	570
XIII.	Auswirkungen des Güterstandes	570
XIV.	Wegfall eines Anrechts durch illoyales Handeln oder Unterlassen	570
XV.	Verletzung der Unterhaltspflicht	573
XVI.	Sonstige Härtefälle – Verletzung einer Mitwirkungspflicht – Straftat eines Ehegatten – Verbrauch des Vorsorgevermögens	575
C.	Weitere Fragen zur HärteklauseL	575
I.	Kein Wegfall von Härtegründen mit dem Tod der ausgleichspflichtigen Person	575
II.	Eingeschränkte Pflicht zur Amtsermittlung in Härtefällen	576
III.	Wegfall eines Härtegrunds durch Versöhnung bzw. Verzeihung	577
D.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung gem. den §§ 20–26 VersAusglG	577
I.	Regelungsbereich	577
II.	Fehlende Unterhaltsbedürftigkeit beim Ausgleichsberechtigten, Wiederheirat des Ausgleichsberechtigten	579
III.	Unbillige Härte für den Ausgleichspflichtigen	580
IV.	Rechtsfolgen, Verfahren, Rechtsmittelinstanz	581
E.	Anwendung der Härtefallklausel bei Abänderung einer Entscheidung zum Versorgungsausgleich	581
I.	Regelungszweck des § 226 Abs. 3 FamFG	581
II.	Verhältnis zu § 27 VersAusglG, keine erneute Berücksichtigung im Abänderungsverfahren	582
III.	Anwendungsfälle des § 226 Abs. 3 FamFG	583
Kapitel 7	Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	585
A.	Grundlegende Neuordnung durch VAStrRefG	586
I.	Stärkung der Gestaltungsbefugnis der beteiligten Ehegatten	586
II.	Überblick über die gesetzlichen Bestimmungen	587
B.	Schutz des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten	587
I.	Prüfung von Wirksamkeits- und Durchsetzungshindernissen	587
II.	Formvorschriften	588
C.	Wirksamkeit von vor dem 01.09.2009 abgeschlossenen Altverträgen	590
I.	Grundlagen	590
II.	Wirksamkeit von Eheverträgen vor dem 01.09.2009	590
D.	Regelungsbereich von Vereinbarungen	591
i.	Größerer Gestaltungsspielraum	591
II.	Regelungsbereich eines Ehevertrags in zeitlicher Hinsicht	591
III.	Einbeziehung in den vermögensrechtlichen Ausgleich	592
IV.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs	592
V.	Herausnahme bestimmter Zeiträume aus dem Wertausgleich	593
VI.	Vereinbarung des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs	594
VII.	Zulässigkeit der Verrechnung von beiderseitigen Anrechten der Ehegatten ohne Zustimmung der Versorgungsträger	594
VIII.	Kein Zwang zum Abschluss einer Verrechnungsvereinbarung zur Vermeidung von Versorgungsnachteilen eines Ehegatten	599
E.	Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich nach § 1408 Abs. 2 BGB	599
I.	Regelungsbereich	599
II.	Möglicher Inhalt von Vereinbarungen	600
III.	Auslegung von vor dem 01.09.2009 abgeschlossenen Eheverträgen mit vereinbarter Gütertrennung bei betrieblichen Altersversorgungen	601
F.	Inhaltskontrolle von Vereinbarungen	602
I.	Allgemeine Wirksamkeits- und Durchsetzungshindernisse, § 6 Abs. 2 VersAusglG	602
II.	Rechtsprechung des BGH zur Inhaltskontrolle bei Eheverträgen	603

III.	Einzelfälle zur Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	607
IV.	Wirksamkeit eines entschädigungslosen Verzichts auf den Versorgungsausgleich	609
V.	Altersvorsorge auf Kapitalbasis bei Ausschluss des gesetzlichen Güterstands, Funktionsäquivalenz.	609
VI.	Inhaltskontrolle bei Scheidungsfolgenvereinbarungen	612
VII.	Teilwirksamkeit einer Scheidungsfolgenregelung	613
VIII.	Belehrung nach § 17 BeurkG und Inhaltskontrolle	613
IX.	Wirksamkeit eines Verzichts bei Ausgleichsleistungen.	613
X.	Verfahrensfragen.	614
XI.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs in der Beschlussformel der Entscheidung.	615
XII.	Vereinbarungen nach Rechtskraft der Entscheidung zum Versorgungsausgleich – keine Umkehr des Versorgungsausgleichs bei Wiederheirat	615
Kapitel 8 Anpassung nach Rechtskraft		616
A.	Regelungsbereich	617
I.	Ausgangslage	617
II.	Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben im reformierten Versorgungs- ausgleich.	618
B.	Beschränkung der Anpassung nach Rechtskraft auf die Regelsicherungssysteme.	619
I.	Voraussetzung der Anpassung nach den §§ 32–38 VersAusglG	619
II.	Kreis der anpassungsfähigen Anrechte, Zuordnung des erweiterten Ausgleichs nach § 3b VAHRG.	619
III.	Rechtfertigung des eingeschränkten Anwendungsbereichs, Verfassungsmäßigkeit der Regelung	620
C.	Überblick über die Fälle der Anpassung nach Rechtskraft	621
D.	Anpassung wegen Unterhalt.	622
I.	Grundlagen	622
II.	Voraussetzungen einer Anpassung wegen Unterhalt	623
III.	Stellung eines Antrags, Verfahren	624
IV.	Voraussetzungen aufseiten der ausgleichsberechtigten Person	626
V.	Anwendungsprobleme im Verhältnis der Abänderung eines Unterhaltstitels zur Festsetzung nach § 33 Abs. 1, 3 VersAusglG	629
VI.	Die Bestimmung der Anpassung nach § 33 Abs. 3 VersAusglG	631
VII.	Verfahrensrechtliche Durchführung der Anpassung wegen Unterhalt.	639
VIII.	Zeitpunkt und Beendigung der Aussetzung der Kürzung, Abänderung der Anpassung, Mitwirkungspflichten.	640
IX.	Änderung der Rentenbescheide der ausgleichspflichtigen und ausgleichs- berechtigten Person, Nachzahlung, Rückforderung bei Weiterleistung.	641
E.	Anpassung wegen Invalidität	641
I.	Regelungszweck	641
II.	Voraussetzungen.	642
III.	Beispiel einer Anpassung nach § 35 Abs. 1 VersAusglG (bei Ehezeitende 1. Halbjahr 2024)	643
IV.	Versorgungen, die dem Regelungsbereich des § 35 Versorgungsausgleich unterliegen.	644
V.	Durchführung der Anpassung wegen Invalidität oder einer besonderen Altersgrenze	644
VI.	Rückforderung überzahlter Versorgungsbezüge für Zeit ab Bezug der Versorgung durch ausgleichsberechtigte Person.	645
F.	Anpassung wegen Todes der ausgleichsberechtigten Person.	645
I.	Grundlagen, Änderungen des neuen Rechts, Übergangsregelungen	645
II.	Voraussetzungen der Aussetzung der Kürzung wegen Todes	646
III.	Folgen der Anpassung wegen Todes der ausgleichsberechtigten Person.	648
IV.	Erlöschen der von der ausgleichspflichtigen Person im Versorgungsausgleich erworbenen Anrechte	648
V.	Durchführung der Aussetzung der Kürzung; Zeitpunkt der Anpassung	649

Kapitel 9	Auswirkungen der Übertragung oder Begründung von Anrechten – Reichweite der richterlichen Gestaltungsentscheidung	650
A.	Bedeutung und Reichweite der richterlichen Gestaltungsentscheidung zur Begründung eines Versorgungsrechtsverhältnisses zugunsten der ausgleichsberechtigten Person	651
I.	Reichweite der Rechtskraft einer Entscheidung – Grundlagen	651
II.	Besonderheiten der richterlichen Gestaltungsentscheidung bei interner sowie externer Teilung	651
III.	Reichweite der Gestaltungswirkung bei Rechtsmangel des grundlegenden Rechtsverhältnisses des auszugleichenden Anrechts	652
IV.	Reichweite der Bindungswirkung einer rechtskräftigen Entscheidung bei regelwidrig durchgeführtem Versorgungsausgleich	653
B.	Übertragung von Rentenanwartschaften	654
I.	Umsetzung des Versorgungsausgleichs in der gesetzlichen Rentenversicherung	654
II.	Zusammentreffen von Anrechten der knappschaftlichen Versicherung mit Anrechten der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung	655
III.	Auswirkungen bei Rentenbezug	655
C.	Auswirkungen der Begründung von Rentenanwartschaften	656
I.	Fälle der Begründung von Rentenanwartschaften im Versorgungsausgleich	656
II.	Umrechnen der begründeten Rentenanwartschaft in Entgeltpunkte	656
III.	Rentenrechtliche Auswirkungen der Begründung von Rentenanwartschaften durch Beitragsentrichtung	657
IV.	Auswirkungen der externen Teilung eines Anrechts in der gesetzlichen Rentenversicherung bei einer bereits laufenden Versorgung	658
V.	Begründung von Rentenanwartschaften aufgrund der externen Teilung nach § 16 VersAusglG	659
D.	Zeitpunkt der Rentenerhöhung beim Ausgleichsberechtigten	662
I.	Versicherter der gesetzlichen Rentenversicherung	662
II.	Übertragung von Anrechten der gesetzlichen Rentenversicherung auf Beamtin/Beamten	662
E.	Probleme des Vollzugs der externen Teilung	662
I.	Risikozuordnung bei fehlender Zahlung des Kapitalbetrags gem. § 14 Abs. 4 VersAusglG, Vollstreckung	662
II.	Versorgungsausgleichskasse sowie private Rentenversicherung als Zielversorgung	663
F.	Zeitpunkt der Rentenminderung beim Ausgleichspflichtigen – Rentnerprivileg, Ausnahmen	663
G.	Umfang der Kürzung bei Anrechten, die nach § 1587a Abs. 3, 4 BGB a.F. i.V.m. der Barwertverordnung dynamisiert wurden	664
H.	Rechtsübergang eines Anspruchs gegen den Versorgungsträger auf einen erstattungsberechtigten Träger der Sozialhilfe	665
J.	Rückforderungsanspruch des Versorgungsträgers bei voller Auszahlung des Anrechts trotz durchgeführtem Versorgungsausgleich	665
Kapitel 10	Versorgungsausgleich mit Auslandsberührung und interlokales Recht	666
A.	Überblick	667
B.	Internationale und örtliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte	667
I.	Keine internationale Zuständigkeit nach multilateralen Staatsverträgen	667
II.	Auswirkungen der Europäischen Güterrechtsverordnungen auf die internationale Zuständigkeit	668
III.	Die internationale und örtliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte im Versorgungsausgleich	669
C.	Anzuwendendes Recht	671
I.	Grundlagen	671
II.	Systematik des Art. 17 Abs. 4 Satz 1 EGBGB	672
III.	Anwendung des deutschen Sachrechts auf Antrag	676
IV.	Rechtswahl und Antrag nach Art. 17 Abs. 4 Satz 2 EGBGB	679
V.	Nachträgliche Durchführung des Versorgungsausgleichs im Inland – keine Verjährung des Versorgungsausgleichs – Anerkennung	679

Inhaltsverzeichnis

D.	Übergangsbestimmungen für Altfälle	680
E.	Einbeziehung ausländischer Anrechte bei Anwendung deutschen Sachrechts	680
I.	Grundlagen	680
II.	Umfang der einzubeziehenden Anrechte	681
III.	Berücksichtigung ausländischer Versicherungszeiten in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	681
IV.	Bewertung ausländischer Anrechte	682
V.	Ausgleich ausländischer Anrechte	682
VI.	Ermittlung ausländischer Anrechte	682
F.	Versorgungsausgleich und interlokales Recht	684
 Kapitel 11 Das Verfahren zum Versorgungsausgleich		685
A.	Zuordnung des Verfahrens zu den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	689
B.	Der Begriff der Versorgungsausgleichssachen	690
C.	Verfahren innerhalb und außerhalb des Entscheidungsverbunds nach § 137 FamFG	691
I.	Verfahren im Entscheidungsverbund	691
II.	Verfahren außerhalb des Verbunds	692
III.	Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	693
IV.	Auskunftsantrag und Stufenantrag zur Geltendmachung einer Auskunft zum Versorgungsausgleich	693
V.	Verfahren zur Anpassung des Versorgungsausgleichs nach Rechtskraft	694
D.	Grundsätze des Verfahrens	695
I.	Funktionelle Zuständigkeit des Familiengerichts	695
II.	Örtliche Zuständigkeit	695
III.	Rechtsanwaltszwang	697
IV.	Verbundverfahren	698
V.	Erörterung des Verfahrensgegenstands zum Versorgungsausgleich	699
VI.	Umfang der Ermittlungen	700
VII.	Aussetzung des Verfahrens	701
VIII.	Ruhen und Unterbrechung des Verfahrens	702
IX.	Abtrennung des Verfahrens zum Versorgungsausgleich aus dem Entscheidungsverbund ..	703
X.	Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	708
E.	Beteiligung am Versorgungsausgleichsverfahren	709
I.	Grundlagen	709
II.	Kreis der Beteiligten	709
III.	Absehen von der Beteiligung eines Versorgungsträgers	712
F.	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten im Versorgungsausgleich	713
I.	Grundlagen zum materiell- und verfahrensrechtlichen Anspruch	713
II.	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	713
III.	Auskunftsanspruch der Ehegatten gegen den Versorgungsträger aus dem eigenen Versorgungsverhältnis	721
IV.	Gegenseitige familienrechtliche Auskunftsansprüche der Ehegatten	722
V.	Nachrangiger Auskunftsanspruch der Ehegatten gegen den Versorgungsträger nach § 4 Abs. 2 VersAusglG	725
VI.	Auskunftsanspruch der Versorgungsträger gegen Ehegatten, Hinterbliebene und Erben ..	725
G.	Praktische Fragen zur Einleitung des Versorgungsausgleichsverfahrens	726
I.	Grundlagen	726
II.	Fehlende Angaben zu den Versorgungsverhältnissen	726
III.	Vorbereitende Maßnahmen in der Anwaltsberatung	727
H.	Bestimmung des zuständigen Rentenversicherungsträgers in der gesetzlichen Rentenversicherung bei fehlendem Versicherungskonto eines Ehegatten	727
I.	Durchführung der externen Teilung	728
I.	Anwendungsbereich des § 222 FamFG	728
II.	Fristsetzung des Familiengerichts	728
III.	Festsetzung des Zahlungsbetrags	730
IV.	Vollstreckung des Ausgleichswerts, Umsetzung in einen Leistungsanspruch	731
J.	Das Verfahren für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	731

I.	Regelungsbereich	731
II.	Antrag als Voraussetzung eines Verfahrens	732
III.	Antragshäufung bei Abänderungsverfahren und Antrag nach § 223 FamFG	733
K.	Die Entscheidung des Familiengerichts	733
I.	Entscheidung im Verbund und selbstständigen Verfahren	733
II.	Begründungspflicht, Datenschutz durch begrenzte Bekanntgabe der Verbundentscheidung.	734
III.	Beschlussformel bei teilweisem oder vollem Ausschluss des Versorgungsausgleichs	734
IV.	Weitere Fälle der Nichtdurchführung des Versorgungsausgleichs	736
V.	Antragstellung bei kurzer Dauer der Ehe in der letzten mündlichen Verhandlung	737
VI.	Hinweispflicht des Familiengerichts in der Endentscheidung bei fehlender Ausgleichsreife	737
VII.	Fragen zum Verfahren bei geltend gemachter Härteklausel.	737
VIII.	Fassung der Beschlussformel.	738
IX.	Teilentscheidungen im Versorgungsausgleich	741
X.	Zwischenentscheidungen im Versorgungsausgleich.	743
L.	Abänderung von Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	743
I.	Verfassungsrechtliches Gebot einer Abänderungsregelung	743
II.	Konzeption der Abänderung von Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	743
III.	Voraussetzungen der Abänderung des Wertausgleichs.	745
IV.	Wesentliche Wertveränderung, Bestimmung der Grenzwerte gem. Rechengrößenverordnung.	751
V.	Erfüllung der Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung als zusätzlicher Abänderungsgrund.	752
VI.	Auswirkungen zugunsten eines Ehegatten oder seiner Hinterbliebenen	753
VII.	Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	754
VIII.	Abänderung von Entscheidungen zum Wertausgleich nach der Scheidung.	757
IX.	Abänderung von Vereinbarungen gem. den §§ 6–8 VersAusglG.	760
X.	Verfassungswidrige Einschränkung des Abänderungsverfahrens auf die Regelsicherungssysteme?	760
XI.	Wiederaufnahmeverfahren im Versorgungsausgleich	761
M.	Rechtsmittel gegen Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	763
I.	Anfechtung der Verbundentscheidung	763
II.	Rechtsmittelerweiterung – Anschlussrechtsmittel	764
III.	Weitere Fragen zum Beschwerdeverfahren – selbstständige Versorgungsausgleichsverfahren – Mehrfachzustellung	768
IV.	Teilrechtsmittel.	768
V.	Beschwer im Versorgungsausgleichsverfahren	770
VI.	Bindung an die Anträge im Beschwerdeverfahren.	777
VII.	Verbot der Schlechterstellung.	777
VIII.	Rechtskraft und Wirksamkeit von Versorgungsausgleichsentscheidungen.	778
N.	Kostenentscheidung im Verfahren zum Versorgungsausgleich.	779
I.	Kostenentscheidung in Verbundverfahren	779
II.	Kosten in selbstständigen Verfahren	779
III.	Kostenentscheidung im Rechtsmittelverfahren	780
IV.	Kostenentscheidung bei Anpassung wegen Unterhalt.	780
O.	Gegenstandswerte in Versorgungsausgleichssachen nach dem FamGKG.	781
I.	Grundlagen	781
II.	Maßgeblicher Zeitpunkt der Wertbestimmung	784
III.	Antrag auf Durchführung des Versorgungsausgleichs gem. Art. 17 Abs. 4 EGBGB	784
IV.	Abänderungsverfahren	784
V.	Wertausgleich nach der Scheidung – schuldrechtliche Ausgleichsrente, Anspruch gegen den Versorgungsträger	785
VI.	Anpassung wegen Unterhalt.	785
VII.	Bemessungsgrundlage zur Wertbestimmung.	786
VIII.	Anknüpfung an Sachprüfung bei abweichender Qualifizierung sowie Fehlen eines Anrechts, Anzahl der Anrechte.	786
IX.	Auskunftsverfahren.	787

X.	Zuschlag, Abschlag	787
XI.	Verfahrensfragen, Rechtsbehelfe	787
P.	Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern	788
I.	Grundlagen	788
II.	Technische Vorgaben	788
III.	Nutzungspflicht	789

Kapitel 12	Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs	790
A.	Allgemeine Übergangsvorschriften	791
I.	Problemstellung	791
II.	Inhalt der Änderungen	791
B.	Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem VAÜG	792
C.	Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs, § 51 VersAusglG	792
I.	Überblick	792
II.	Regelungsbereich des § 51 VersAusglG	793
III.	Abänderung nur auf Antrag, Zeitpunkt	796
IV.	Zulässigkeit des Antrags auf Abänderung – Wesentlichkeitsgrenzen	796
V.	Abänderung nach § 51 Abs. 3 VersAusglG aufgrund einer wesentlichen Wertverzerrung	803
VI.	Durchführung der Abänderung	805
VII.	Keine Abänderung von Altverfahren im Fall eines Teilausgleichs nach § 3b Abs. 1 Nr. 1 VAHRG	806
D.	Bewertung eines Teilausgleichs bei Ansprüchen aus dem schuldrechtlichen Versorgungsausgleich, § 53 VersAusglG	808
I.	Anpassung im Fall eines Teilausgleichs in der gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenversorgung sowie nach § 1 Abs. 3 VAHRG ausgeglichenen Anrechten	808
II.	Berücksichtigung eines Teilausgleichs bei einem Anspruch auf eine Kapitalzahlung nach § 22 VersAusglG sowie mehreren Anrechten der betrieblichen Altersversorgung	808
III.	Problem der Bestimmung der Ausgleichsrente bei nicht ausgeglichenen Anrechten der ausgleichsberechtigten Person	809
E.	Weiter anwendbare Übergangsvorschriften des 1. EheRG sowie des Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs für Sachverhalte vor dem 01.07.1977 ..	811
	Stichwortverzeichnis	844